

Bundesarchiv

Reichskanzlei

fol. 1 —

R 43 I / 26 68

Reichskanzlei

1

1668
Begeleitet

Akten

betreffend

Kommunistische Partei,
Spartakus, Bolschewismus.

ALTE
REICHSKANZLEI

L1584 L482099 - L482313

Parteien 8

Band 4

Nov 22. März 1921.

bis 31. Dezember 1922

vergl. Band 5

Bolschewismus.

Berlin, den 13. Mai 1921

der öffentlichen Ordnung.

Nr. 3310/21 II.

45

je
LN 2/1

In der Anlage beehre ich mich die Abschrift eines Protokolls über die am 22. und 23. 2. 21 stattgehabte Sitzung des Exekutivkomitees der III. Internationale in Moskau zur Kenntnis zu bringen.

Wenn auch die Sitzung mehrere Monate zurückliegt, so sind die Ausführungen, gerade heute nach Niederschlagung des kommunistischen Märzputsches, von besonderem Interesse, weil sie zeigen, wie im Schosse des Moskauer Exekutivkomitees systematisch auf eine "Aktion" hingearbeitet und die deutsche Sektion der III. Internationale für diese Epoche vorbereitet und in die vollkommene Abhängigkeit von Moskau gebracht wurde.

Der Vertreter der deutschen Sektion der III. Internationale (V.K.P.D.) Geyer skizziert in seinem Referat die Tätigkeit der kommunistischen Partei in Deutschland, ihre organisatorische Betätigung in der Partei selbst, in den Gewerkschaften und illegalen Organisationen. Geyer gibt einerseits die Gründe an, warum in Deutschland der "Revolution, zu der die Massen gebracht werden müssten" so grosse Hindernisse im Wege stehen, andererseits zeigt er die beabsichtigten und getroffenen Massnahmen um "die Massen zur Revolution zu bringen." (Teilaktionen: ausgehend von ökonomischen Fragen: Vorwärtstreiben und Zusammenfassung von Streiks, - politische Aktionen: Provokation z.B. der "Orgesch", Revolutionierung der Gewerkschaften - Herbeiführen der Einheitsfront des "kämpfenden Proletariats" nach den Grundsätzen des "offenen Briefes" (vergl. "Rote Fahne" vom 8.1.21 Nr. 11).

Geyer berührt dann im weiteren die Stellung der V.K.P.D. zur K.A.P.D. und zur roten Gewerkschaftsinternationale, sowie die italienische Frage und wird dabei zum Verteidiger von Dr. Paul Levi, dem damaligen Vorsitzenden der V.K.P.D..

Der

L482152

Part. 8.

Der Russe Radek - Volkskommissar und Mitglied des Exekutivkomitees der III. Internationale - beleuchtet vom russischen Gesichtspunkt aus die Stellung und Taktik der deutschen Sektion der III. Internationale, die Presse- und Parlamentsfrage, rechnet mit Levi und seiner Parteitätigkeit scharf ab und fordert für Deutschland eine "gute Parteileitung". Dass das bekannte Ausscheiden Levi's und fünf seiner Anhänger (Ende Februar 21) aus der Zentrale der V.K.P.D. somit unter dem unmittelbaren Druck Russlands geschehen ist, beleuchtet aufs neue die vollkommene Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von Moskau. Neben dieser Tatsache tritt in den auf der Versammlung gehaltenen Referaten vor allem auch der Wille der Exekutive "in der Aktion die Vereinigung des Proletariats zu schaffen" in Erscheinung. Die Leitung der V.K.P.D. sei den revolutionären Aufgaben nicht gewachsen und "die einzige Hilfe in Deutschland sei die, dass die Exekutive Berater der V.K.P.D. werde." Hiermit kommt nicht nur die Bevormundung Deutschlands klar zum Ausdruck, sondern es liegt vielmehr darin auch der Schlüssel für die "revolutionäre" Betätigung der Anfang März durch Moskaus Gnaden gewählten neuen Zentrale der V.K.P.D. mit Stoecker-Brandler - unter deren Augen auch der kommunistische Osteraufstand 1921 im Reiche aufblühte. Dass im Schosse dieser Versammlung der Gedanke an eine kommende Aktion keimte, geht auch aus der Forderung Bela Kun's hervor, nach der die Bildung von Aktionsausschüssen und zwar für die V.K.P.D. und K.A.P.D. gemeinsam unter Vorsitz eines Mitgliedes der Exekutive durchgeführt werden sollte. (Bekanntlich soll die Einsetzung von Aktionsausschüssen nach der kommunistischen Lehre erfolgen, wenn "Aktionen" bevorstehen.)

Radek

L482153

Protokoll der Sitzungen des E.K. am 22. und 23. Februar 1921.

Tagesordnung.

1. Deutschland, 2. Der 3. Weltkongress, 3. Frankreich,
4. Italien, 5. England, 6. Indien.

=====

1. Es werden 4 Referenten bestimmt, mit je 1/2 Stunde Redezeit.

Geyer: (als Vertreter der V.K.P.D.) Radek (E.K.) Goldstein (K.A. P.D.) Kuwalski (E.K.) Geyer wird eine ganze Stunde gewährt, um die Haltung und den Standpunkt der V.K.P.D. ausführlicher darlegen zu können.

Geyer: Die V.K.P.D. habe ich seit ihrer Gründung am 6. Dezember auf 3 Gebieten bestätigt und zwar in der Parteiorganisation selbst, den Gewerkschaften und den illegalen Organisationen. Man sei bestimmt die Partei zu einem Instrument zur Gewinnung der Sympathie weiter Arbeitskreise "und zugleich zu einem Kern für die Uebernahme der Macht" zu machen, die Gewerkschaften zu revolutionieren und die illeg. Organisationen auszubauen. Ueberall seien bisher Erfolge gezeitigt worden wenn auch nur schwache, aber das liege an der kurzen Lebensdauer der V.K.P.D.

Die Situation in Deutschland sei derart, dass die objektiven Bedingungen für die Uebernahme der Macht gegeben seien in verschiedenen Erscheinungen der Kapitalkrise (u.a. "Mangel an Konsolidation im Bürgertum und der kapitalistischen Wirtschaft", Ausverkauf des deutschen Produktionsapparates, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Steigen der Preise). Die letzten aussenpolitischen Ereignisse (Pariser Konferenz) hätten gezeigt, dass es keine Verständigung zwischen deutscher und französischer Bourgeoisie gebe und bewirkt, dass die monarchistisch militärischen Elemente in Deutschland wieder die Oberhand gewinnen, die in Bayern bereits einen ganzen Staatsapparat zur Verfügung hätte. Das Problem der deutschen Revolution bestehe also in der Aufgabe,^{n.} "die Massen zur Revolution zu bringen." Das sei aber schwer, so lange diese noch "im Banne der sozialdemokratischen Organisation stehen,"

daher

L482154

Rh. 4693 21

daher sei "die Sammlung grosser Massen in der V.K.P.D." das erste Erfordernis. Zugleich gelte es aber auch, zu den anderswo organisierten und den gänzlich unorganisierten Massen in ein politisches Verhältnis zu kommen. Die V.K.P.D. wolle "keine Einheitsfront der Parteien", sondern des "Proletariats" unter Führung der V.K.P.D. selbst. Die Herstellung einer solchen Einheitsfront sei eine "Frage des geschickten Manövrierens". Dafür seien "Uebergangslösungen" notwendig.

Schon gleich nach der Gründung der V.K.P.D. sei die Zentrale von der "Notwendigkeit von Teilaktionen überzeugt" gewesen. Diese Teilaktionen müssten "ausgehen von ökonomischen Fragen". Allerdings sei auch die Möglichkeit politischer Teilaktionen ("Versuch der Provokation der Orgesch" Entfesselung internationaler Verwickelungen", aber "Flensburg nicht") nicht ausser Acht zu lassen. Aber ökonomische Ausgangspunkte seien vorteilhafter. Deshalb sei die ganze "praktische Politik der V.K.P.D. darauf gerichtet, die "Streiklust vorwärts zu treiben," und laufende Streiks zusammenzufassen. So habe man beim Streik der Braunkohlenarbeiter in Mittelddeutschland den Vorschlag gemacht, diesen "zu verzögern", um ihn mit der Eisenbahnerbewegung, die die "V.K.P.D. durch ihre Arbeit in den Gewerkschaften gefördert habe", zu verbinden, Infolge ihrer "revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften" seien sie von der Bürokratie als "Spalter" Zerstörer der Einheitsfront" usw. titulierte worden. Da die V.K.P.D. jedoch nicht die Absicht hatte, "die Einheitsfront des kämpfenden Proletariats zu brechen", sondern sie "herbeizuführen", deswegen habe die V.K.P.D. den offenen Brief geschrieben. Dieser sei nur eine Reaktion gegen die Argumentationen der Sozialdemokraten über die "Einheitszerstörer." Die Vertrauensleute des Bezirkes des Reiches der V.K.P.D. habe man nach der "Methode des offenen Briefes" gefragt, und man habe aus allen Bezirken "Zustimmung erhalten". Dasselbe zeige sich in allen öffentlichen Versammlungen.

In ihrem Verhältnis zur K.A.P.D. habe man vor dem Vereinigungs-parteitag versucht, "zu den Arbeitern in der K.A.P.D., wenn auch in kein organisatorisches, so doch in ein politisches Verhältnis" zu kommen. "Dieser Prozess der Annäherung der K.A.P.D.- Arbeiter an die V.K.P.D. sei durchaus im Zuge gewesen, als der Beschluss der K.A.P.D.

an die III. Internationale erfolgte." Das sei "in dieser Situation ein Fehler der Exekutive" gewesen, denn die Presse der K.A.P.D. entfaltete "nach wie vor" eine "rege Agitation gegen die V.K.P.D. und die Grundsätze der III. Internationale." Sie habe den Offenen Brief abgelehnt und ⁱⁿ der italienischen Frage sich geäußert, "dass der Trennungstrieb viel zu weit nach rechts gezogen sei." Die K.A.P.D. erkenne, die "Grundsätze der III. Internationale" nicht an und habe auf die 4 Fragen der Exekutive eine höchst unbefriedigende Antwort gegeben. Die Zentrale der V.K.P.D. habe inzwischen eine Resolution über die K.A.P.D. angenommen und an die Zentrale der K.A.P.D. auch ein Offenes Schreiben gesandt, um "mit ihr in ein politisches Verhältnis" zu kommen.

In der Gewerkschaftsfrage erkennt die V.K.P.D. die Gründung des internationalen roten Gewerkschaftsrates an, fordert aber gleichzeitig "Elastizität in der Taktik der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern". Man habe ihr aus Moskau verschiedene Vertreter gesandt, mit verschiedenen Direktiven. Die V.K.P.D. wolle wissen, wer denn eigentlich hier die Zentralinstanz sei, die die Vertreter schicke und die Direktiven gebe. Die V.K.P.D. habe gute Fortschritte in den Gewerkschaften gemacht und werde trotz der Gegenwirkung der Bürokratie weiter innerhalb der Gewerkschaften arbeiten, und auf keinen Fall der Gewerkschaftsbürokratie die Spaltungsarbeit erleichtern. Die Spaltung der Gewerkschaften sei allerdings "wahrscheinlich", dann werde - man die Kommunisten in Industrieverbänden und der Reichsgewerkschaftszentrale vollständig zusammenfassen, aber heute noch nicht.

In der italienischen Frage habe Levi die Taktik des E.K. als falsch bezeichnet. Auf der Sitzung der Zentrale der V.K.P.D. hätten 2 Resolutionen vorgelegen (Vertreter der Exekutive und Levi) letzterer habe die Vereinigung von Serrati mit der K.R.D. gefordert. Levi habe dann seine Resolution zu Gunsten einer Ergänzung Klara Zetkins zurückgezogen, die dann angenommen worden sei. Nach Livorno sei Serrati nach Deutschland gekommen, hätte sich als "Mitglied der III. Internationale" bezeichnet und die V.K.P.D. gebeten, die Vermittlerrolle nach Moskau zu übernehmen. Dies habe die V.K.P.D. aber ebenso wie

eine

L482156

eine offizielle Sitzung mit Serrati abgelehnt. Serrati habe auf seiner Rückreise noch eine Unterredung mit Klara Zetkin in Stuttgart gehabt. Inzwischen habe die V.K.P.D. um einen offiziellen Vertreter gebeten, um mit ihm die Angelegenheit Serrati zu besprechen.

Die organisatorischen Anträge der V.K.P.D. an die Exekutive gingen zurück auf Äusserungen S i n o w j e w s in Halle, wo man ihr schon 5 Vertreter versprochen habe. Man soll nicht glauben, dass sich diese Anträge gegen die Exekutive richteten, und die V.K.P.D. für die "Schwarzen Männer der westeuropäischen Opposition" halten. Das sei durchaus unrichtig.

Die V.K.P.D. wolle kämpfen für die Revolution auch, bevor sie "grosse Massen in sich vereinigt" habe, und sei deshalb ganz auf den Kampf eingestellt.

E.K. Radek: Geyer habe "offiziellen Optimismus" gepredigt. Es sei doch "gar keine Vereinigung da", das beweise allein die Existenz der K.A.P.D., vereinigt sei nur die linke U.S.P.D. mit dem Spartakus. Diese kombinierte K.P.D. zeige "Tendenzen, die bekämpfungswert seien." Die K.A.P.D. sei unter der Losung entstanden, dass "Deutschland überreif zur Revolution sei." Die K.A.P.D. sei "besser als die Theorie ihrer gepumpten Theoretiker", die in zwei Broschüren der K.A.P.D. die theoretische Grundlage gegeben hätten, in denen sie dreimal "Propaganda" schreiben, in denen sich aber kein einziger Vorschlag zur Aktion befände. Die K.A.P.D. wollte "jeden Tag losschlagen, sie sei bei der Aktion immer die erste", aber sie stelle nur die Unzufriedenheit kleiner Minderheiten dar. "Noch habe die Revolution in Deutschland keine einheitliche schlagkräftige Partei" gebildet. Die V.K.P.D. sei keine solche. Er habe die Presse der V.K.P.D. immer mit dem Gefühl der grössten Unzufriedenheit, ja mit dem Gefühl der Schande gelesen, es fehle ihr das ganze organisatorische Geschick. "Bei den Reichstagsreden der kommunistischen Parlamentarier seien die eigenen Berichterstatter eingeschlafen und über die unzulängliche Berichterstattung hätten sich die Parlamentarier und Berichterstatter gegenseitig beschimpft. Nun sage die Fraktion selbst, dass die Arbeiterschaft Deutschlands auf Reden nicht reagiere. Die Fraktion habe nicht mal eine politische Leitung, halte keine Sitzungen ab, sie "setze sich selbst unter die Glasglocke". Die illegale Organisation sei erst im allerersten Entstehen begriffen. (Beispiel).

Mit "spontanen Ereignissen" sei in Deutschland nicht zu rechnen. Was wäre die V.K.P.D. mit ihren 22 Zeitungen und ihrer halben Million gegen die 9 Millionen der Gewerkschaften? Daher sei die Kernfrage: Wie unterwühlen wir die Gewerkschaftsbürokratie? Das sei möglich durch Teilaktionen, entweder mit oder ohne die Gewerkschaften. Scheidemann repräsentiere heute in der Tat noch die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse, Er sei noch nicht genügend kompromittiert und der deutsche Arbeiter, dem ein Stückchen Brot lieber als Liebknecht sei, ginge immer noch mit dem, der ihm ein Stückchen Brot verspreche. Die K.A.P.D. sei gut als Gegengewicht gegen den Opportunismus der V.K.P.D. - Führer. Sie bekämpfe am besten durch Steigerung der Aktivität der V.K.P.D. Nach rechts sei der Kampf viel schwerer. Der "Exponent dieser opportunistischen Strömungen in der V.K.P.D. sei Levi. Das beweise am deutlichsten seine Haltung in der italienischen Frage. Während seine "überreizte Stellung gegen die K.A.P.D." nur eine "Entgleisung" sei. Aber Livorno sei wichtig. Hier zeige sich in Levi's Verhalten entweder eine "geistige Verwandtschaft Serrati" oder es lege bei ihm "ein bewusster Plan" vor. Jedoch dieser sei bei Levi nicht vorhanden, das sei nur eine "geheime Liebe" zu Serrati. Das sei "ein System, das in der revolutionären Impotenz" liege. Wenn man verhüten wolle, dass die V.K.P.D. zu einer Zentrumpartei würde, müsse man die offene Meinung sagen über ihre Politik.

Nur "in der Aktion" sei "die Vereinigung des Proletariats zu schaffen." Wenn auch heute die Situation zum direkten Aufstand noch nicht gegeben sei, so doch vielleicht schon morgen. Seckt ist viel klüger als Ludendorff, er sei faktisch das Haupt der deutschen Regierung.

Levi selbst habe heute noch keine Ahnung, von der Schwere der Differenz zwischen sich und der Exekutive. Er wisse selbst am wenigsten, dass er Opportunist sei, Nach ihm läge die Differenz in der "falschen Einschätzung eines Menschen durch den anderen." Man spräche immer gegen Moskau, wenn man glaube, dass "Moskau linker stehe als Berlin" und "man Angst habe, dass die Massen sich hinter Moskau stellten." Es käme darauf an, in Deutschland eine "gute Parteilei-

Parteileitung zubilden.

Die Gruppe Serrati, die sich von Turati nicht trennen wolle, enthalte nicht nur zentristische Elemente, nein sie sei selbst das Zentrum. Levi, Däumig und Geyer verhandelten offen mit diesem. Serrati, während Thalheimer und Brandler dagegen waren. Nun wollte Klara Zetkin gar noch Serrati rechtfertigen. Die Exekutive wisse wohl, was gespielt werde, aber sie habe nicht genügend Rechte, um noch energischer einzugreifen. Heute schon sehe es so aus, als ob Deutschland statt einer gesunden kommunistischen Partei ein "rachitisches Kind mit einem Wasserkopf" bekäme.

G o l d s t e i n: Wenn Radek pessimistisch von der V.K.P.D. gesprochen habe, so sage die K.A.P.D., dass ihr Pessimismus gegenüber der V.K.P.D. soweit gehe, dass sie schon gar keinen Ausweg mehr sehe, Aber Radek sei doch selbst schuldig an der Politik der V.K.P.D., er habe ihr doch in seiner Broschüre die theoretische Basis gegeben. Radek habe die Ansicht von der langen Dauer der deutschen Revolution vertreten und dementsprechend eine opportunistische Taktik empfohlen, während P a n n e k o e k und G o r t e r gerade der gegenteiligen Auffassung waren. Es ging mit der V.K.P.D. rasend bergab. Der Nationalbolschewismus zeige sich nun gar in der V.K.P.D., und Klara Zetkin, spreche im Namen der Fraktion von der "nationalen Zukunft des deutschen Volkes". ja, die V.K.P.D. fordert jetzt ein Bildnis zwischen dem bürgerlichen Deutschland und dem proletarischen Russland Wie der Parlamentarismus der V.K.P.D. so sei auch ihre gewerkschaftspolitik bankrott. Als man die rote Gewerkschaftsinternationale gründete, wollte man die Spaltung der Gewerkschaften, (Radek: "In der Tendenz")! Aber man hatte nicht den Mut, von der Spaltung der Gewerkschaften zu sprechen. Keine gewerkschaft sei bisher erobert, im Gegenteil, die Kommunisten würden ausgeschlossen. Bei den Teilaktionen handle es sich darum, die Massen zur Aktion zu bringen. Man müsse die Konterrevolution provozieren. Ihr das Gesetz des Handels vorschreiben. Aber wie könne eine Partei die sich ganz auf den Wahlkampf eingestellt habe, so etwas tun? Die V.K.P.D. habe in der Eisenbahnerbewegung ebenso versagt, wie bei dem letzten ökonomischen Streik. Man müsse die Orgesch zum Lossschlage bringen, vielleicht durch das Mittel

der Steuerverweigerung. oder den Boykott Bayerns (Geyer), dann geben die Bayern uns kein Brot. Goldstein glaube im Namen der K.A.P.D. den Vorschlag gemeinsamer Aktionsausschüsse zur "Vorbereitung der Revolution machen zu können." Was sagt die V.K.P.D. dazu?

E.K. Kowalski: Die K.A.P.D. habe nichts geleistet und keine revolutionäre aktive Politik betrieben. Die K.A.P.D. sei geboren aus der damaligen (vor Kapp-Putsch) falschen Einstellung der K.P.D. Aber in der V.K.P.D. herrsche "antiputschistischer Geist", nicht nur in der Zentrale, sondern in allen Funktionärköpfen. Die V.K.P.D. habe sich in sich verändert. Von der opportunistischen K.P.D. des Kapp-Putsches. Die S.P.D. sei nicht mehr die Arbeiterpartei, wie Radek meinte, sondern, die meisten Arbeiter seien parteifremd und parteifeindlich. Das beweisen die vielen Enthaltungen bei den Gewerkschaftswahlen. Beim Elektriker-Streik habe sich der Opportunismus Levi's in seiner ganzen Deutlichkeit offenbart. ("Hinein in die Betriebe") Schon heute seien infolge der parlamentarischen Taktik der V.K.P.D. Parlamentarier gegen den Parlamentarismus, für "K.A.P.D. Geist." Der Offene Brief sei nicht der Anfang des Bündnisses der K.A. P.D. mit Scheidemann, sondern bereits die gemeinsame Neutralitätserklärung im russ.-polnischeⁿ Kriege. Statt dem Boykott Bayerns zu unterstützen, der von den Bergarbeitern des Ruhrgebiets verlangt worden sei, schreibe die Rote Fahne, dass der Provierstein für den revolutionären Charakter eines Arbeiterführers die Frage sei, ob er für oder gegen die Einheitsfront des Proletariats sei, Levi sei der schlimmste V.K.P.D.-Opportunist, aber nicht der einzigste. Nach dem Kapp-Putsche wollte man nicht einmal die kritischen Artikel gegen die Haltung der Zentrale drucken. Serrati sei doch auch nicht zufällig nach Berlin gekommen. Man müsse den Kampf aufnehmen gegen Levi und den rechten Flügel der V.K.P.D. Es existiere ja auch bereits ein schwacher linker Flügel, der sich in den Artikeln Frieslands und Fröhlichs abzeichnet.

Geyer: verliert die Resolution der V..E.P.D. in der Gewerkschaftsfrage die der Aufnahme der A.A.U. in der roten Gewerkschaftsinternationale widerspricht. Die Reichsgewerkschaftszentrale beantragt die Verlegung des Kongresses vom 1. Mai auf den 1. September.

Tinski

L482160

T i m s k i: Wenn die K.A.P.D. in den Irrtum verfällt, den Austritt aus den Gewerkschaften zu propagieren, so mache die V.K.P.D. den entgegengesetzten Fehler, die Union von der roten Gewerkschaftsinternationale fernhalten zu wollen. Die rote Gewerkschaftsinternationale müsse an ihren Grundsätzen festhalten und könne auch nicht der Verlegung des Kongresses, der sowieso schon auf den ersten Juli verschoben sei, zustimmen.

S i n o w j e w: Die Exekutive habe die Frage der K.A.P.D. einmal gründlich besprochen. Aber das eigentlich beabsichtigte Resultat sei bisher nicht durchgeführt, denn beide Parteien, sowohl die V.K.P.D. wie die K.A.P.D. hätten den Beschluss der Exekutive "etwa sabotiert" die K.A.P.D. habe ihre Polemik gegen die V.K.P.D. sogar noch mehr verschärft. Die Exekutive (Sinowjew) habe Gorter seiner Zeit gesagt, "entweder wird die K.A.P.D. ein gleichberechtigtes Mitglied der Exekutive, oder aber wir müssen unser Bündnis kündigen." Man müsse jedoch die Frage bis zum nächsten Kongress aufschieben, trotzdem solle die K.A.P.D. an ihre "Pflicht erinnert werden." Ebenso die V.K.P.D., die eine Annäherung betreiben müsse. Man solle daher im Namen der Exekutive zwei Offene Briefe an die V.K.P.D. und die K.A.P.D. schreiben, in denen sie an die Erfüllung ihrer Pflichten gemahnt werden. Sonst werde die "Absicht" der "Exekutive" nicht erreicht,

Bezüglich der organisatorischen Vorschläge der V.K.P.D. sei er einverstanden und werde den Antrag dem Kongress übermitteln. (Auf je 100 000 Mitglieder ein Delegierter in der Exekutive.) Die Frage der Verbindung der einzelnen Länder mit Moskau sei eine Frage praktischer Natur, zu deren Lösung vor allem auch die einzelnen Landesparteien selbst beizutragen hätten. Die V.K.P.D. habe ja bis heute noch nicht mal einen Vertreter in die Exekutive entsandt.

Was die allgemeine Taktik der V.K.P.D. anbelangt, so sei Radeks Kritik an ihren Parlamentarismus durchaus richtig. Sie seien darüber "sehr enttäuscht" gewesen, denn der Ton der Parlamentarier der V.K.P.D. sei "gut sozialdemokratisch"; er habe nach seiner Deutschlandreise eine Broschüre "12 Tage in Deutschland" geschrieben deren Übersetzung und deutsche Ausgabe die deutschen Genossen verhindert hätten, und

L482161

zwar deswegen, weil Diessmann darin "der kommende Noske" genannt werde.

Der "Fehler" der V.K.P.D. beim Berliner Elektrizitätsstreik sei ebenfalls ungeheuerlich. Desgleichen ihre Stellung zur Arbeitslosenfrage, wo Koehnen die Arbeitslosen als "Lumpenproletarier" bezeichnet habe. Das sei durchaus falsch. Der Offene Brief sei eine "künstliche Taktik" gewesen und sei der Erfolg mehr ein literarisches Hingespent, als eine "Massenbewegung". Wenn man die Aussenpolitik der V.K.P.D., als Nationalbolschewismus tituliere, so sei das nicht richtig, aber es sei "opportunistischer Parlamentarismus."

In der Gewerkschaftsfrage sei Snowjew der Ansicht, dass die Gruppierungen in der 2. Internationale aufzuheben und die Syndikalist und Unionen sehr wohl aufzunehmen seien. Den die III. Internationale brauchte sie aus allen Ländern und könne für Deutschland keine Ausnahme machen. Würde man die Aufnahme der Unionisten von der Zustimmung der V.K.P.D. abhängig machen, wie es diese verlange, so bedeutet das "nationalen Föderalismus", aber keine Internationale. Italien sei keine ausschliesslich italienische Frage, sondern eine internationale Frage. Levi, in dem sich die letzten Reste der 2. Internationale verkörperten, habe Serrati gegen die III. Internationale verteidigt. Turati sei derselbe Mann wie Scheidemann. Serrati selbst habe den Avanti in eine italienische Freiheit verwandelt und verleumdetfortgesetzt die dortige Regierung. Jetzt habe man einen Wendepunkt in der III. Internationale. Man habe bereits viel zu viel Elemente in der III. Internationale aufgenommen. Wenn man Levi nachgehe, so werde die III. Internationale eine 2½ Internationale werden. Serrati sei ein ganz raffinierter "Charletan". Er habe eine Resolution mit einem Appell an den 3. Kongress eingegeben, worin er erklärte, er wolle sich von vornherein dem Beschluss des Kongresses fügen. Genau so habe es Grimm aus der Schweiz gemacht, der nun mit Crispin zusammen in Wien sässe. Darüber müsse in Deutschland vollkommene Klarheit geschaffen werden. Denn dass "Versagen der V.K.P.D. in der italienischen Frage sei kein Zufall, sondern ein Ausfluss" zentristischer Illusionen. Sollte etwa die Zentrale der V.K.P.D. Levi zustimmen, dann Kampf bis aufs Messer. Levi gebrauchte den Schwindel, als ob Kobalt
Schiff

L482162

Kobaltschiff den Ausschluss Serratis in Livorna gefordert hätte, Das sei eine glatte Unwahrheit. Die Unterredungen der Berliner mit Serrati seien sonderbar und unerhört, denn wo seien die Dokumente? Hier müsse man misstrauisch werden, denn die Mehrheit der Zentrale habe Radeks Resolution einfach umgekrempelt und einer anderen zugestimmt.

(Gejer:) aber nicht formell!

Bucharin: Ueber den Offenen Brief müsse er erklären, dass, wenn man "Teilforderungen" aufstellt, diese zugleich auch als Hebel der Bewegung dienen und unter der Notwendigkeit der Eroberung der Macht beleuchtet werden müssen. Das treffe aber für den Offenen Brief nicht zu, das sei zwar eine gemeinsame Plattform, aber ein Sammelorium verschiedenartiger Forderungen. Ausserdem müsse man, wenn man Teilforderungen aufstelle, auch Teilaktionen (nach Territorien, Branchen usw.) wollen. Die Einheit des Proletariats und die Entlarvung des Gegners werde aber durch den Offenen Brief nicht erreicht, man könne doch nicht die Gelben zu einer gemeinsamen Aktion einladen und sie gleichzeitig bekämpfen. Ebenso wenig könne man die S.P.D. und U.S.P. heute noch als proletarische Organisationen bezeichnen, wie das der Offene Brief tue; das seien keine Meinungsverschiedenheiten, die Sozialdemokraten und Kommunisten trennten, das sei doch der "Bürgerkrieg." Man lese nun den Begleitartikel vom Offenen Brief in der Roten Fahne (Levi) "Auf die Schanzen!" Dann könne man die Gefährlichkeit dieses Opportunismus erkennen.

Kurealla von der V.K.P.D.: polemisiert als Vertreter der Jugendinternationale gegen die V.K.P.D.-Politik besonders gegen die Unzugänglichkeit ihrer illegalen Organisation.

Gejer: Die Antworten der V.K.P.D. auf den "Offenen Brief" und die überformulierten Fragen der Exekutive hätten bewiesen, dass die K.A.P.D. seitens der Exekutive gezwungen werden müsse, eine besondere Haltung einzunehmen, sonst sei es der V.K.P.D. unmöglich, zur K.A.P.D. in ein politisches Verhältnis zu kommen.

In Italien habe die Exekutive bei der Spaltung allzu wenig Geschicklichkeit gezeigt. Das Hauptargument gegen die V.K.P.D. sei der Vorwurf, dass sie keine gute Parteileitung habe, aber man könne doch nicht

nicht der neuen Zentrale die Vorwürfe machen, die den Spartakusbund trafen. Wenn auch die eine Seite der Spartakusbund, versagt hätte, so habe die linke U.S.P. immer ihre Pflicht getan. Die zentrale der V.K.P.D. habe allerdings versagt, das müsse erzugeben. Aber der linke Flügel der U.S.P. nicht. Die jetzige Zentrale der V.K.P.D. sei nicht schlecht, man könne doch noch gar nicht über sie urteilen, denn sie existiere ja nur erst 75 Tage. Er warne die Exekutive nachdrücklichst, denn die V.K.P.D. würde sich gegen den Ansturm seitens der Exekutive gegen die V.K.P.D.- Zentrale wehren.

Chablin: Die einzige Hilfe in Deutschland sei die, dass die Exekutive Berater der V.K.P.D. werde.

Sulton Sad (persien): er billige den "Offenen Brief", denn er sei eine Methode gewesen, die Massen zu gewinnen.

Radek: Der zweite Kongress der III. Internationale habe eine evtl. Spaltung der Gewerkschaften sehr gut vorausgesehen. Bei der Festlegung der Taktik habe ihn der Wille bestimmt, die Verantwortung für die Spaltung der Bürokratie zuzuschieben.

Radek stehe gegen die K.A.P.D. deshalb, weil diese sage, dass man vor Eroberung der Macht nichts machen könne. Diese Ansicht sei falsch. Man müsse Methoden formulieren, als Übergangsmassregeln. Daher sei der "Offene Brief" richtig gewesen. Niemals seien Scheidemann und Hilferding so geschlagen worden, wie durch diesen Brief. Er habe die weitgehendste Anerkennung gefunden, selbst Meyer und Fröhlich hätten sich für ihn ausgesprochen. Ja, die Genossen in Berlin hätten sogar geglaubt, dass Bucharin in Berlin sei und die Aktion führe.

Eine Provokation der Orgesch würde keinen Erfolg bringen, denn bei einem Losschlagen der Orgesch gegen die demokratische Regierung würden die deutschen Arbeiter kaum aufstehen. Der Hebel der deutschen Revolution sei die Hineinmanöverierung der deutschen Arbeiter in eine Aktion, um die Position der Bürokratie zu untergraben. Die deutsche Arbeiterschaft habe eine starke Furcht vor Spaltung. Gerade deswegen hätte die V.K.P.D. zeigen müssen, dass Scheidemann spaltet und die V.K.P.D. vereinige. Daher sei der Offene Brief geschrieben worden, der die erste, wirkliche lebendige Aktion der deutsche Kommunisten sei.

Die deutsche Frage werde durch die Exekutive am besten geklärt,

wenn sie an beide Parteien einen vertraulichen Brief schreibe und gleichzeitig in einer öffentlichen Resolution sich über den Fall Levi äussere.

Darauf wird ein Antrag auf Schluss der Debatte trotz Goldsteins Einspruch angenommen. Goldstein stellt die Behauptung Sinowjews richtig, nach der die K.A.P.D. die Beschlüsse der Exekutive sabotiert haben sollte.

-Geyer: Er warne davor, von Moskau aus gegen Levi vorzugehen und gegen ihn den Bannstrahl zu schleudern.

Radek: Das sei charakteristisch für die Zentrale der V.K.P.D., dass Geyer in diesem Augenblick die Töne der Rechtsunabhängigen in seiner Brust gefunden habe.

Bela Kun: Diese Äusserung Geyers sei kennzeichnend, das sei Querulantentum, Ja, das sei Serrati selbst, der da in Geyer gesprochen habe. Er stelle einen Zusatzantrag im Namen einer Reihe von Mitgliedern der Exekutive, dass die Exekutive gegen die Verhandlungen einiger Mitglieder der Zentrale der V.K.P.D. Einspruch erhebe.

Geyer: Dieser Zusatzantrag bedeutet nichts anderes, als dass man von Moskau aus eine Umformung der deutschen Parteileitung fordere, Das würden die Mitglieder der V.K.P.D., die treu zur Zentrale ständen, sich nicht gefallen lassen.

Sinowjew: Jetzt "höre aber jede Gemütlichkeit auf". Wenn man Geyer höre, müsse man sich tatsächlich fragen, ob man hier in der III. Internationale sitzt, oder anderswo. Sollte sich die Exekutive denn das alles gefallen lassen? Oder glaube etwa Geyer dass die Exekutive charakterlos"sei? Die Exekutive habe doch in der Resolution noch sehr sanfte Worte gebraucht, eigentlich hätte sie auf Levis Anfrage, ob sie seine Demission als Vorsitzender der V.K.P.D. für notwendig halte, mit "ja" antworten wollen." Aber das wolle und müsse sie der deutschen Partei selbst überlassen. Aber die Exekutive müsse sich doch gegen solche Methoden Levis wehren, der die italienischen Kommunisten im Stich gelassen habe. Man müsse doch Bombacci - Bordiga, die einen sehr schweren Stand hätten, unterstützen. Dasselbe wie in

Italien

L482165

Italien könne morgen in Tschecho-Slowakei eintreten, ebenso in anderen Ländern. Man müsse von vornherein aufpassen, sonst verliere die Exekutive die Achtung vor dem Proletariat und das sei das Schlimmste. Denn "Achtung verlieren" sei "alles verloren". Da sei es schon besser sie verliere den Levi als die Achtung vor dem Weltproletariat.

Die Resolution der Exekutive zerfällt in drei Absätze, die einzeln abgestimmt werden:

1. Exekutive hält ihre bisherige Auffassung über Italien aufrecht und unterstützt die K.P.I. (einstimmig angenommen).
2. Exekutive protestiert gegen Levis Verhalten in und nach Livorno (gegen Geyer angenommen).
3. solidarisiert sich mit der Resolution der V.K.P.D.-Zentrale (einstimmig angenommen).

Zusatzantrag Bela Kuns abgelehnt (bei Stimmenthaltung Radek.)

Bela Kun: Das engere Büro werde an die V.K.P.D. und K.A.P.D. je einen vertraulichen Brief schicken, in welchem sie zur Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse unter Vorsitz eines Exekutivmitgliedes aufgefordert würden.